

Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Kinderrechte im Parlament – Vorschau auf die Wintersession 2015

Aus kinderrechtlicher Sicht ist besonders auf die parlamentarische Initiative Amherd "[Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz](#)" hinzuweisen. Der Nationalrat hat während der Sondersession im Mai zugestimmt, Art. 67 „Förderung von Kindern und Jugendlichen“ Abs. 1 der Bundesverfassung so zu ergänzen, dass Bund und Kantone eine „aktive Kinder- und Jugendpolitik“ verfolgen. Er hat es jedoch abgelehnt, den eigentlichen Kern des Verfassungsartikels zu überweisen, nach dem der Bund Grundsätze über die Förderung und den Schutz von Kindern und Jugendlichen und deren Mitwirkung in Politik, Gesellschaft hätte festlegen können, (vgl. [Webbeitrag](#) dazu). Zu Sessionsbeginn befasst sich der Ständerat mit der Vorlage, der Nationalrat wird sich später in der Session den Differenzen zum Ständerat widmen.

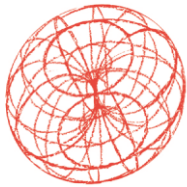
Im **Nationalrat** sind daneben aus kinderrechtlicher Sicht die folgenden Vorstösse von Interesse: Die parlamentarische Initiative Fehr „[Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld](#)“ fordert die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfern von Straftaten, damit die Kantone für genügend Plätze in geeigneten Institutionen sorgen, die Menschen Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld bieten. Insbesondere werden Kinder und Jugendliche, die direkt oder indirekt Opfer von häuslicher Gewalt werden, oft mangels Alternativen vorübergehend in Spitälern untergebracht. Weiter widmet sich der Nationalrat dem Thema der [Leihmutterchaft](#): Die Kommission für Rechtsfragen des Nationalrats (RK-N) beauftragt den Bundesrat in einem Postulat zu prüfen, ob die Bevölkerung mit einer Kampagne für die Probleme einer Leihmutterchaft im Ausland zu sensibilisieren ist. Aus kinderrechtlicher Sicht wichtig ist dabei das Recht des Kindes, seine biologischen Eltern und seine Herkunft zu kennen.

Im **Ständerat** sind aus Sicht der Kinderrechte weiter die folgenden Vorstösse zu erwähnen: Die Motion Amherd „[Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten](#)“ beauftragt den Bundesrat, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen. Der Nationalrat hat den Vorstoss bereits angenommen. Weiter behandelt der Ständerat zwei Vorstösse, die Familienarmut entgegenwirken wollen: Einerseits ist dies die Volksinitiative: „[Für ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle](#)“ und andererseits die [Standesinitiative des Kantons Jura](#), die es ermöglichen will, dass Kantone eine Einheitskrankenkasse einrichten können und so eine gerechte und soziale Finanzierung der Krankenkassenprämien ermöglichen können, welche vor allem Familien begünstigt. Schliesslich behandelt der Ständerat auch den bundesrätlichen [Bericht zu den Erfahrungen mit 40 Jahren EMRK-Beitritt der Schweiz](#) (in Erfüllung des [Postulats Stöckli 13.4187](#)).

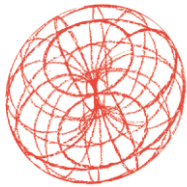
Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Vorschau unten).

Die Sessionsprogramme und Tagesordnungen der Eidgenössischen Räte können noch Änderungen erfahren und sind unter folgenden Links abrufbar:

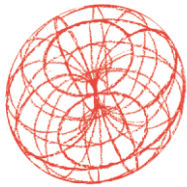
[Nationalrat](#) | [Ständerat](#)



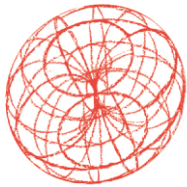
Datum	Nationalrat	Ständerat
30.11.2015	-	<p>07.402 (Parlamentarische Initiative Amherd): Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 67 der Bundesverfassung mit einem Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: Der Bund kann Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen. Der Ständerat behandelt in dieser Session den Entwurf der Kommission. Der Nationalrat hat diesen bereits behandelt und mit Änderungen überwiesen (vgl. Webbeitrag dazu).</p>
01.12.2015	<p>Behandlung parlamentarischer Initiativen (Die Behandlung wird an den folgenden Daten fortgesetzt: 2., 7., 8., 10., 14., 15., 16. und 17. Dezember):</p> <p>13.454 (Parlamentarische Initiative Fehr): Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld. Die Vorlage fordert die Ergänzung des Bundesgesetzes über die Hilfe an Opfern von Straftaten wie folgt: Art. 10bis: Die Kantone sorgen für genügend Plätze in geeigneten Institutionen, die Menschen Schutz vor Gewalt aus dem nahen sozialen Umfeld bieten. Kooperationen zwischen den Kantonen sind möglich. Kinderrechtlich relevant ist insbesondere die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche, die direkt oder indirekt Opfer von häuslicher Gewalt werden, oft mangels Alternativen vorübergehend in Spitälern untergebracht werden.</p> <p>15.416 (Parlamentarische Initiative Feri): Überprüfung der Familienverträglichkeit von Erlassentwürfen. Artikel 141 Absatz 2 Buchstabe g des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung wird mit dem Begriff „Familie“ ergänzt. Er lautet dann: „die Auswirkungen auf Wirtschaft, Gesellschaft, Umwelt, künftige Generationen und Familien;“. Der Nationalrat berät den Vorstoss als Erstrat.</p>	<p>13.105 (Geschäft des Bundesrats): Internationales Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Genehmigung. Der Bundesrat will mit der Ratifikation des UNO-Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen die internationalen Bestrebungen im Kampf gegen das Verschwindenlassen unterstützen. Er hat die Botschaft zur Ratifikation des Übereinkommens und zur Ausführungsgesetzgebung verabschiedet. Der Nationalrat folgt mit Abweichungen dem Bundesrat. Der Ständerat behandelt das Geschäft zum ersten Mal.</p> <p>15.3877 (Postulat Recordon): Goldhandel und Verletzung der Menschenrechte. Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht vorzulegen, in dem - soweit die Schweiz betroffen ist - Bilanz über den Handel mit Gold gezogen wird, das unter menschenrechtsverletzenden Bedingungen abgebaut wird. Es soll ausserdem untersucht werden, welche Massnahmen in der Schweiz getroffen werden könnten, um dieser Situation ein Ende zu bereiten. Aus kinderrechtlicher Sicht relevant ist der Aspekt der Kinderarbeit in den Goldminen.</p>



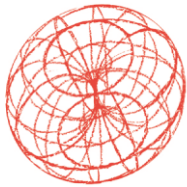
Datum	Nationalrat	Ständerat
02.12.2015	<p>13.4271 (Motion Lohr): Mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu Gunsten des Breitensports. Die Motion beauftragt den Bundesrat, im Sinne der Breitensportförderung Pläne nicht nur für ein, sondern für mindestens drei nationale Zentren für Schneesport zu erarbeiten. Damit soll nicht nur der Leistungssport profitieren, sondern auch Schulen sollen kostengünstige Schneesportlager durchführen können. Der Nationalrat berät die Vorlage als Erstrat. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.</p>	-
03.12.2015	-	<p>12.3122 (Motion Amherd): Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Internetseiten. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Qualitätslabel für kinder- und jugendgerechte Websites zur freiwilligen Selbstverpflichtung von Anbietern von Websites zu schaffen. Der Nationalrat hat den Vorstoss angenommen, der Ständerat beschloss, die Behandlung der Motion für ein Jahr auszusetzen. Der Ständerat nimmt die Behandlung dieses Vorstosses nach einem Jahr Pause wieder auf.</p>
07.12.2015	-	<p>15.055 (Geschäft des Bundesrates): 40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz. Erfahrungen und Perspektiven. Bericht des Bundesrates (Po. Stöckli 13.4187) Aufgrund eines Postulats (13.4187 „40 Jahre EMRK-Beitritt der Schweiz: Erfahrungen und Perspektiven“) hat der Bundesrat einen Bericht über Erfahrungen und Perspektiven anlässlich des 40-Jahr-Jubiläums des EMRK-Beitritts erstellt. Der Ständerat behandelt den Bericht als Erstrat.</p>



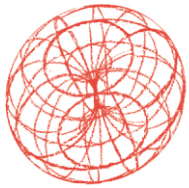
Datum	Nationalrat	Ständerat
08.12.2015	<p><u>07.402</u> (Parlamentarische Initiative Amherd): Verfassungsgrundlage für ein Bundesgesetz über die Kinder- und Jugendförderung sowie über den Kinder- und Jugendschutz. Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 67 der Bundesverfassung mit einem Absatz 1bis mit folgendem Wortlaut zu ergänzen: Der Bund kann Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen. Der Ständerat hat den Vorstoss bereits mit Änderungen überwiesen (vgl. Webbeitrag dazu), der Ständerat behandelt ihn zu Beginn der Session. Heute widmet sich der Nationalrat den Differenzen zum Ständerat.</p> <p><u>12.080</u> (Geschäft des Bundesrats): Heilmittelgesetz. Änderung. Mit der 2. Etappe der Revision des HMG werden u.a. Rahmenbedingungen geschaffen, damit vermehrt kindgerechte Arzneimittel zugelassen und auf den Markt gebracht werden können. Die pharmazeutische Industrie soll für ihren zusätzlichen Aufwand in der Entwicklung von Kinderarzneimitteln beispielsweise mit einem verlängerten Patentschutz unterstützt werden. Zur Vermeidung von Medikationsfehlern, insbesondere bei der Behandlung von Kindern, soll zudem eine nationale Datenbank zu einem sicheren Arzneimitteleinsatz in der Kinderheilkunde beitragen. Die Rahmenbedingungen für Schaffung, Pflege und Finanzierung der Datenbank werden mit den Ausführungsbestimmungen festgelegt. Der Ständerat und Nationalrat sind sich weiterhin nicht einig. Das Geschäft ist nun wieder zurück im Nationalrat.</p>	-



Datum	Nationalrat	Ständerat
10.12.2015	<p>15.3501 (Postulat RK-N): Leihmutterchaft. Für eine nationale Sensibilisierungskampagne. Der Bundesrat wird ersucht zu prüfen, ob die Bevölkerung mit einer Kampagne für die Probleme einer Leihmutterchaft im Ausland zu sensibilisieren ist, die sich im Zusammenhang mit dem Schutz des Kindes, dessen Recht, seine Herkunft zu kennen, sowie der Würde der Leihmütter stellen. Aus kinderrechtlicher Sicht wichtig ist dabei das Recht des Kindes, nicht als Ware betrachtet zu werden, seine biologische Mutter (Leihmutter) und seine Herkunft zu kennen. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	<p>13.300 (Standesinitiative Kanton Jura): Für eine soziale Einheitskrankenkasse. Die Bundesversammlung wird ersucht, die Kantone zur Einrichtung einer Einheitskrankenkasse zu ermächtigen und ihnen dabei die Einführung einer gerechten und sozialen Finanzierung zu ermöglichen, welche vor allem die Familien begünstigt. Der Ständerat behandelt die Initiative als Erstrat.</p>
14.12.2015	<p>15.3614 (Postulat Schenker): Kindes- und Erwachsenenschutzrecht. Beschwerdefristen. Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob sich die Beschwerdefristen, welche mit dem neuen Kindes- und Erwachsenenschutzrecht eingeführt wurden, in der Praxis bewähren oder gegebenenfalls angepasst werden müssen. Aus kinderrechtlicher Sicht relevant ist, dass durch die lange Beschwerdefrist ein eingesetzter Beistand oft erst 50 Tage nach dem Beschluss tätig werden kann. Der Bundesrat beantragt die Annahme des Postulats. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.</p>	-
15.12.2015	-	<p>11.3767 (Motion Rickli): Keine Hafturlaube und Ausgänge für Verwahrte. Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament eine dahingehende Änderung von Artikel 64 des Strafgesetzbuches vorzulegen, dass Hafturlaube und "Ausgänge" für Verwahrte ausgeschlossen sind. Der Nationalrat hat die Vorlage 2013 angenommen. Der Ständerat befasst sich zum ersten Mal damit.</p>



Datum	Nationalrat	Ständerat
17.12.2015	-	<p><u>14.058 (Volksinitiative): Für ein bedingungsloses Grundeinkommen.</u> Die Volksinitiative möchte den Bund verpflichten, ein bedingungsloses Grundeinkommen einzuführen, das allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglicht. Die Initiantinnen und Initianten schlagen ein Grundeinkommen pro Monat von 2500 Franken für Erwachsene und von 625 Franken für Kinder und Jugendliche vor. Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne direkten oder indirekten Gegenvorschlag ab. Der Nationalrat folgt dem Bundesrat und lehnt die Initiative ab. Der Ständerat befasst sich zum ersten Mal mit dem Geschäft.</p> <p><u>15.3921 (Interpellation Levrat): Ist der Französischunterricht noch immer bedroht?</u> Angesichts der für den nationalen Zusammenhalt und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften problematischen Entwicklungen des Sprachunterrichts (z.B. Kanton Thurgau, der ab 2017 auf den Französischunterricht auf der Primarstufe verzichten will), stellt der Interpellant verschiedene Fragen an den Bundesrat. Insbesondere zum Vorhaben des Kantons Thurgau und wie dies der Bundesrat beurteilt und wie er gedenkt vorzugehen.</p>
18.12.2015	<p><u>14.306 (Standesinitiative SO): Verlängerung der Anstossfinanzierung von Kinderbetreuungsplätzen durch den Bund.</u> Der Bundesrat wird aufgefordert, die Gesetzeslage so zu verändern, dass sich der Bund auch nach dem 31. Januar 2015 an der Anstossfinanzierung von schul- und familienergänzenden Betreuungsplätzen in den Kantonen und Gemeinden beteiligen kann. Der Ständerat hat die Standesinitiative mit der Begründung abgelehnt, das Parlament habe inzwischen bereits beschlossen, die Starthilfen für Krippen und Tagesschulen um weitere vier Jahre zu verlängern. Der Vorstoss ist zum ersten Mal im Nationalrat.</p>	-



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Datum	Nationalrat	Ständerat
	<p>Bekämpfte und nicht bekämpfte Vorstösse, die in einem beschleunigten Verfahren behandelt werden (vgl. Liste aus dem Sessionsprogramm). Auf die wichtigsten Geschäfte wird in der Sessionsrückschau eingegangen.</p>	